

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfschmid & Co.
Kottlingen-Zürich.
Kassendruck
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Toppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate

Die vorerhaltenen Preize
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 16.

Donnerstag, 12. April.

1883.

Inhalt des Heftes und Correspondenzen des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bzw. verfolgt wird, und die vorerhaltenen
Verboten ist als Hilfe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
bei jeder Sendung ist die Briefkastennummer anzugeben, die Briefkastennummer des wahren Abenders und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu beschreiben, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst überreichen, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtig
Korrespondenz außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch uns möglichst unverdächtige Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter
Sicherheit Rekommandation. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsere Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen
Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit
Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das
laufende Quartal als Abonnenten vortragen und
Nachnahme mit Nr. 17 erheben werden, sofern bis
zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge
nicht eingekandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Trotz alledem!

Zum zweiten Male seit Inkrafttreten des verurteilten Ausnahmese-
gesetzes hat die deutsche Sozialdemokratie ihren Kongress im
Auslande abgehalten, zum zweiten Male haben sich nach vorher-
gegangener öffentlicher Einladung aus allen Ecken Deutsch-
lands die berufenen Vertrauensmänner der deutschen Sozialisten
zur gemeinsamen Verathung ihrer Angelegenheiten zusammengetun-
den, unbekannt von der „allwissenden“ und „allmächtigen“
deutschen Reichspolizei, die seit Wochen ihre Kundschafter aus-
gehoben hatte, den Ort der geheimen Verathung ausfindig zu
machen. Sie hat bis zum letzten Augenblick nichts, absolut
nichts erfahren, obwohl die Zahl der Wissenden eine sehr große
war; und als sie endlich dahinter kam, war es zu spät — trotz
ihres enormen Heeres von Spitzeln und Denunzianten.

Unbekannt von der deutschen Reichspolizei sind die Männer,
welche an den Verathungen theilzunehmen hatten, am 29. März
in Kopenhagen zusammengetreten. Nicht um Verschönerungen aus-
zugehen, nicht um Putsche vorzubereiten, handelte es sich, was
in Kopenhagen von unseren Genossen verhandelt wurde, konnte
jeder anständige Mensch hören, aber gerade deshalb durften die
deutschen Reichspolizisten nicht dabei sein. Wir haben gegenüber
anständigen Leuten keine Geheimnisse, unsere Bestrebungen haben
das Tageslicht nicht zu scheuen, offen und frei, ohne jeglichen
Rückhalt, treten wir jeberzeit und an allen Orten für sie ein,
aber wir lassen uns auch das Recht nicht nehmen, unsere eigenen
Angelegenheiten unter uns zu berathen und zu diesem Zwecke
zusammenzukommen, wo und so oft es uns für zweckmäßig er-
scheint.

Wir sind keine Freunde der Geheimniskrämerei, aber nachdem
man sie uns bei Strafe der Selbstverleugung aufgedrängt hat,
die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal in glänzender Weise
den Beweis geliefert, daß sie das, was sie für notwendig er-
kannt hat, auch durchzuführen weiß — trotz alledem! Und das
ist die Hauptsache. Nicht tolle, ausschereuernde Aktionen bekun-
den die Stärke einer Partei, sondern energisches, thatkräftiges
Aufstreten allüberall da, wo es gilt, auf den Plan zu treten.
Keine hochtönenden Phrasen, sondern beweissträftige Argumente,
keine leeren Drohungen, sondern Wort und That im Einklang,
keine Verschönerungsspielerei, aber um so entschiedener Verschwiegen-
heit da, wo sie unumgänglich geboten ist, das sind die Grund-
lagen der Taktik der deutschen Sozialdemokratie, und sie haben
sich bewährt — uns und unseren Freunden zur Genugthuung,
unseren Feinden zum Verdruss.

Wir sind keine parlamentarische Partei — in dieser Beziehung
müssen wir den Reserven unseres böhmischen Bruderorgans berich-
tigen — wir sind aber auch keine Revolutionsmache. Die
deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, in ihrem Verhalten
stets den Grundsätzen ihres großen Meisters Marx gefolgt zu
sein, der weder vom Parlamentarismus noch von der Revolutions-
mache etwas wissen wollte. Wir sind eine revolutionäre Partei,
unser Ziel ist ein revolutionäres, und wir geben uns über seine
Durchführung auf parlamentarischem Wege keinen Illusionen hin.
Aber wir wissen auch, daß die Art, in der es zur Verwirklichung
gelangen wird, nicht von uns abhängt, daß wir die Bedin-
gungen, unter denen wir kämpfen, nicht machen können,
sondern sie zu studieren haben, und daß unsere Aufgabe neben
dieser Erkenntnis darin besteht, lediglich dem Erkannten gemäß
zu handeln. Nicht ins Blaue hinein experimentieren, sondern,
die realen Verhältnisse im Auge, erst prüfen und dann handeln
ist unsere Lösung. Und daß sie es nicht phylisterhaft beim Prüfen
bewenden lassen, sondern auch, wo es am Plage, entschlossen zur That
geschritten sind, das haben — allen Beräthern sei es zugerufen
— die deutschen Sozialdemokraten in den vier Jahren seit Be-
stand des Sozialistengesetzes zur Genüge bewiesen.

Kräftig und ungebrochen steht unsere Partei da, das hat sich
auf dem Kongress in Kopenhagen aufs Neue gezeigt. Einzelne
Personen sind abgefallen, die Einen vom Kampfe ermattet, die
Anderen aus Feigheit, aber die Armee als Ganzes hat darunter
nicht gelitten. Es war durchaus kein schlechtes Zeichen, daß es
zum großen Theil „neue“ Männer waren, denen man in Kopen-
hagen begegnete. Sie lieferten den Beweis, daß trotz Sozial-
listengesetz es an Nachwuchs nicht fehlt, daß die Gefahr eines
Mandarinenthums für unsere Partei nicht besteht.

Was der Kongress geleistet, darüber haben wir hier nicht zu
reden. Die Genossen werden es aus dem Bericht, den wir zur
Beröffentlichung bringen, selbst ersehen und mögen auch selbst
urtheilen. Nur eine Bemerkung sei uns noch gestattet.

Wie der Kongress ein vortreffliches Bild gab von der Aus-
breitung unserer Partei, so mußte jeder Theilnehmer desselben
auch den Eindruck gewinnen, daß auch die verschiedenen, im enge-
ren Rahmen der Partei vorhandenen Strömungen auf ihm ge-
bührend vertreten waren. Wir haben keinen Grund, es zu ver-
hehlen, daß in manchen Fragen die Meinungen der Genossen
auseinandergehen, denn es ist gerade ein Zeichen der Stärke
unserer Partei, daß sie trotzdem nach Außen hin als ein ge-
schlossenes Ganze dasteht. So hart auch die Geister aufeinander-
plagten, so offen und rückhaltlos man sich auch gegenseitig die
Meinung sagte, so trat doch andererseits deutlich das allgemeine
Bestreben hervor: Nicht Majorisirung, sondern Auseinandersetzung
und Verständigung. Nichts von Kliquen, die mit einander rivali-
siren, sondern Genossen, die in der einen Frage sich gegenüber-
standen, und in der anderen wiederum zusammen stimmten, un-
beeinträchtigt durch persönliche Beziehungen. Und dieser lebhaft
Meinungsaustausch bei den verschiedenen Fragen der Taktik
zeigte, daß unsere Partei in keiner Weise der Gefahr der Ver-
knöcherung ausgelegt ist, daß es in ihr kein Papiertum gibt und
keine Orthodoxie, sondern daß sie innerhalb der in unserem Pro-
gramm niedergelegten Grundzüge Raum hat für jede ehrlich ver-
suchte Ueberzeugung.

Nicht allen Wünschen, die an ihn gestellt waren, konnte der
Kongress in der kurzen Zeit seines Zusammenseins gerecht werden,
aber man wird ihm das Zeugniß nicht versagen können, daß er
die ihm zur Verfügung gestandene Zeit nach Kräften aus-
genützt hat. Wenn er nicht alle Fragen der Tagesordnung er-
ledigt hat, so hat er doch ihrer Erledigung wirksam vorgearbeitet.
Und darauf kommt es ja vor Allem an. Was nützen die
schönsten Beschlüsse, wenn sie nicht dem lebendigen Bedürfnis des
Tages entsprechen?

Genug. Der Kongress hat trotz Puttkamer, Radai und Ge-
nossen stattgefunden und, wie wir oben sagten, durch sein Taugen
und seine Beschlüsse gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie in
jeder Beziehung ungebrochen dasteht, daß sie, von der Richtigkeit
ihrer Bestrebungen durchdrungen, allen kommenden Ereignissen
mit Ruhe und Siegeszuversicht entgegensteht, daß sie entschlossen
ist, den Kampf, den sie begonnen, unentwegt fortzusetzen, und
nicht eher ruhen noch rasten wird bis der Sieg errungen ist.
Kampf bis zum Sieg, das ist unsere Lösung.

Soch die Sozialdemokratie!

Kongress der deutschen Sozialdemokratie.

Abgehalten in Kopenhagen

vom 29. März bis 2. April 1883.

Auf Grund der durch den „Sozialdemokrat“ erfolgten Einladung
traten am 29. März, Rachmittags 5 Uhr, die bis dahin in
Kopenhagen eingetroffenen 54 Delegirten zur Vorversammlung
zusammen. Die dänischen Parteigenossen hatten den Vertrauens-
leuten der deutschen Sozialdemokratie ihr ständiges Vereinslokal,
einen großen, geräumigen Saal mit geeigneten Nebenlokali-
täten, in der freundlichsten und bereitwilligsten Weise zur
Verfügung gestellt. So fühlte man sich rasch heimisch und
vergaß, daß man in fremdem Lande und unter einer anderen
Nationalität zusammengetreten war, um Verathungen zu pflegen,
welche die Erbärmlichkeit der heimischen Zustände unmöglich
mache.

Die Vorversammlung wurde durch einen der Reichstags-
abgeordneten eröffnet, worauf unser dänischer Parteifreund Böhm
das Wort nahm, um die Anwesenden im Namen der dänischen
Gesinnungsgenossen aufs Herzlichste zu begrüßen und ihren Be-
rathungen besten Erfolg zu wünschen.

Alsdann schritt man zur Bureauwahl. Nach kurzer De-
batte, die entstanden war, weil man von einer Seite wünschte,
daß der Vorsitz nicht ausschließlich von parlamentarischen Ver-
tretern der Partei versehen werden soll — ein Antrag, welcher
abgelehnt wurde — wählte man zwei Vorsitzende, vier Schrift-
führer und einen Führer der Rednerliste. Hierauf ordnete das
Präsidium die gegenseitige Vorstellung der Anwesenden und die
Feststellung der Präsenzliste an.

Ein Antrag, lautend: Parteigenossen, welche kein bestimmtes
Mandat haben und weder Vertreter des „Sozialdemokrat“ noch
parlamentarische Vertreter der Partei sind, vom Stimmrecht aus-
zuschließen, wird einstimmig angenommen.

Die hiernach gewählte, aus drei Personen bestehende
Mandatprüfungskommission war in der angenehmen Lage, bei
ihrer Berichterstattung, am nächstfolgenden Tage konstatieren zu
können, daß gegen die Zulassung keines der mittlerweile auf
60 Köpfe angewachsenen Delegirten ein Bedenken zu erheben
sei. Wir werden 60 Vertretern sein im Besitz von 60 Voll-
machten, während die übrigen vier seien Personen, die kraft ihrer

Parteistellung zuzulassen seien. Weiter wurde seitens des Be-
richterstatters der Mandatprüfungskommission hervorgehoben, daß
er, der seit dem Jahre 1872 alle Kongresse besucht, noch
keinem beigemohnt habe, auf dem eine so vollkom-
men gleichmäßige Vertretung aller Bezirke, in denen
die Partei Anhänger besitze, vorgekommen sei. Früher habe man
erlebt, daß die dem Kongressort zunächst liegenden Bezirke außer-
gewöhnlich stark, dagegen die entfernteren dünn und mangelhaft,
oft gar nicht vertreten gewesen seien. Dies sei diesmal ganz
anders. Die ärmsten Bezirke Schlesiens und Sachsens, wie die
entferntesten Südwestdeutschlands seien gleich dem Norden und
Westen vertreten, und gewähre die Gesamtvertretung
ein sehr erfreuliches Bild von dem vortrefflichen
Geiste, der die Parteigenossen in Deutschland be-
herrsche.

Von den Parteigenossen im Auslande hatten die Londoner
Lemke, die Pariser Thies und die Organisation der deutschen
Sozialisten in der Schweiz Fischer als Delegirte gefandt. Von
den New Yorker Sozialisten war der nach Europa gereiste Redakteur
unseres dortigen Parteiorgans, der New Yorker Volkzeitung, Alex.
Zonas, ersucht worden, dem Kongress als Vertreter beizuwohnen.
Zonas, in der Meinung, daß der Kongress wieder in der Schweiz sei,
hielt sich in Mentone auf, als er erfuhr, daß derselbe ziemlich am
anderen Ende Europa's stattfindet, und war so in Folge der Kürze der
Zeit und der Weite der Reise verhindert, denselben besuchen zu
können. Es wurde beschlossen, das von ihm eingegangene aus-
führliche Memorandum über die New Yorker, resp. amerikanischen
Partieverhältnisse, soweit thunlich, im „Sozialdemokrat“ zu
veröffentlichen.

Die Tagesordnung für die Verhandlungen wird von der
Versammlung in folgender Weise festgesetzt:

- 1) Allgemeiner Bericht über die Situation der Partei und
daran unmittelbar anschließend Bericht über die gesammelten
Unterstützungsgelder und deren Verwendung.
- 2) Mittheilungen über den materiellen Stand des „Sozial-
demokrat“.
- 3) Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
- 4) Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Sozial-
reform.
- 5) Die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die Taktik
der Partei und die Haltung des „Sozialdemokrat“.
- 6) Die Reichstagswahlen.
- 7) Organisation und Agitation für dieselben.
- 8) Besondere Anträge der Kongressmitglieder.

Bezüglich einer genauen Revision der Einnahmen und Aus-
gaben wünschen die Sammler, daß dieselbe in Zürich vorgenom-
men werde, da diese Arbeit sicher mehrere Tage in Anspruch nehme
und gründlich vorgenommen werden müsse. Man kommt über-
ein, die Revisoren zu wählen, nachdem man den Bericht gehört.
Nach verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen erfolgt Schluß
der Vorversammlung kurz nach 8 Uhr Abends und wird die
erste Sitzung für die Hauptverhandlung auf nächsten Morgen
8 Uhr anberaumt.

Erste Sitzung am 30. März,
Morgens 8 Uhr.

Die Sitzung wird um 8 Uhr Vormittags eröffnet und ergibt
die Berlesung der Präsenzliste die Anwesenheit von 59 Delegirten.
Das Protokoll der Vorversammlung wird verlesen und genehmigt.
Der Wunsch eines Redners, die Protokolle etwas ausführlicher
zu behandeln, wird der Berücksichtigung der Schriftführer über-
wiesen.

Alsdann wird zum ersten Punkt der Tagesordnung geschritten:
Allgemeiner Bericht, Sammlungswesen.

Der Berichtstatter erörtert zunächst die Gründe, welche es
der Mehrheit der Parteivertreter unthunlich erscheinen ließ,
dem vielfach geäußerten Wunsche, schon voriges Jahr einen
Kongress abzuhalten, zuzustimmen. Dagegen hätte im letzten Herbst
eine dreitägige Konferenz der Reichstagsabgeordneten unter Hinzuzie-
hung mehrerer anderer Vertrauenspersonen in Zürich stattgefunden,
in der alle auf die Parteilage bezüglichen Gesichtspunkte und Ereignisse
einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen worden seien. Ueber-
gehend zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation konstatirte
der Redner zunächst, daß sich die Gesamtlage der Partei wie
die Lage der Verhältnisse überhaupt seit dem Wübener Kongress
sehr zu Gunsten der Partei in Deutschland ver-
bessert habe. Die Partei stehe, wie schon ein Blick auf die
Zusammensetzung dieser Versammlung lehre, ungebrochen da, sie
habe an Selbstvertrauen und Zukunftshoffnung ungemein gewonnen.
Ganz wesentlich hätten dazu die allgemeinen Wahlen des Jahres
1881 beigetragen, bei welchen zum ersten Male seit dem Ausnahmese-
gesetz die Gesamtpartei sozusagen im Feuer ergritten und da-
durch überall die Erkenntnis ihrer Stärke und der einzuschlagen-
den Agitations- und Organisationsstatik erlangt habe.

Sei nun der Erfolg der letzten Wahlen in Bezug auf das

Resultat der gewonnenen Siege ein erfreulicher gewesen, so dürfe andererseits nicht verkantet werden, daß die Partei seit 1878 an Stimmen nicht unerheblich eingebüßt habe, und gelte es jetzt, zu untersuchen, welchen Ursachen dies zuzuschreiben sei und durch welche Mittel man ähnliche Verluste für die Zukunft verhüten könne.

Zunächst sei zu konstatieren, daß bei Beginn der Agitation für die allgemeinen Wahlen die Organisation in einzelnen Wahlkreisen, namentlich in solchen, wo schon früher die Parteigenossen schwach waren, oft mangelhaft war, theilweise gänzlich fehlte. Daß demnach dort auch die Mittel für die Agitation mangelten, sei klar, und in einer sehr erheblichen Anzahl von Wahlkreisen auch vielfach die geeigneten Kräfte. Der ökonomische Druck, der seit dem Ausbruch der Krise in stets steigendem Maße die meisten unserer Parteigenossen betroffen, habe naturgemäß vielfach depressivend gewirkt. Die Maßnahmen des Sozialistengesetzes und die daraus folgende Vernichtung zahlreicher Existenzen, wie die Unmöglichkeit, sich eine neue Existenz zu schaffen, habe die Zustimmung und vielfach die Mithilfsfähigkeit verschärft und zur Auswanderung einer großen Zahl tüchtiger Parteigenossen geführt, deren Fehlen sich namentlich in der Wahlagitation bemerklich gemacht habe. Der Verlust mehrerer Bezirke könne wesentlich auf dieses Konto geschrieben werden.

Der ökonomische Druck habe auch vielfach die Genossen verhindert, in gewohnter Weise sich an der Agitation zu beteiligen, weil dies gleichbedeutend mit Vernichtung der Existenz gewesen sei. Zu diesem ökonomischen Druck kamen die vielfach fast unerhört und schamlos zu nennenden polizeilichen Machinationen und Verfolgungen, namentlich im Königreich Sachsen, denen die Genossen nicht immer entsprechend gerüstet entgegengetreten konnten. Ferner dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß in vielen Kreisen der Genossen angesichts der wilden Polizeihetze und unter dem Eindrucke des Ausnahmegesetzes der Glaube an den Erfolg bei den Wahlen fehlte, der aber — wie die Stichwahlen zeigen — sofort nach der ersten Bethätigung zurückkehrte.

Ein Hauptgrund aber sei gewesen, daß man in vielen Bezirken nicht in der Lage war, rechtzeitig oder überhaupt das genügende Druckmaterial zu beschaffen. In vielen Wahlkreisen hätte man nur Stimmzettel verteilen können und nicht ein einziges Flugblatt; das sei z. B. in nicht weniger als fünf sächsischen und in mehreren rheinischen Wahlkreisen der Fall gewesen. Es sei die Pflicht der Genossen, diesen Uebelständen künftig in erster Linie vorzubeugen, und er glaube, daß sich dies machen lasse.

Redner gibt eine Reihe von Rathschlägen, die seiner Meinung nach geeignet seien, diesem sehr wesentlichen Uebelstand künftig abzuwehren.

Konfiskationen von Flugblättern und Stimmzetteln, Verhaftungen, Verbote von Versammlungen, häufig im Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen, hätten ebenfalls vielfach einschüchternd oder schädigend gewirkt, und so müßte für das nächste Mal und rechtzeitig eine alle möglichen Vorkehrungen berücksichtigende genaue Wahl- und Agitationsinstruktion ausgearbeitet werden, welche die Parteigenossen allerwärts in die Lage setze, zu wissen, wie sie sich in allen vorkommenden Fällen zu verhalten hätten und wie sie sich gegen Gewaltthätigkeiten und Uebergriffe der Behörden am besten schützen könnten.

Die während der Wahlagitation und namentlich bei den Nachwahlen der Muth und das Selbstvertrauen der Parteigenossen gestiegen sei, habe Jeder mit Genugthuung begrüßen können, ja man dürfe ohne Uebertreibung sagen, daß der vortheilhafte Geist, der heute die Genossen überall beherrsche, ganz wesentlich im Wahlkampf und durch den Wahlkampf geboren worden sei und dadurch sei auf's schlagendste die Ansicht Jener widerlegt, die fortgesetzt predigten, sich der Theilnahme bei den Wahlen zu enthalten.

Hätten also in Folge der ausgeführten ungünstigen Ursachen vielfach starke Stimmeneinbußen stattgefunden, wäre unter dem Druck der Gewalt in anderen Wahlkreisen das Resultat gegen früher das gleiche geblieben, so ließ sich andererseits auch in manchen Wahlkreisen ein glänzender Aufschwung konstatieren. So insbesondere am Mittelrhein und Main, in der Pfalz, in verschiedenen sächsischen Bezirken. Gegenüber der Behauptung, wir hätten unsere Siege nur der Hilfe eines Theils der Gegner zu verdanken, müßte darauf hingewiesen werden, daß dies z. B. bei den glänzenden Stichwahlresultaten im Chemnitzer und im Zwickau-Grimmitschauer Wahlkreis nicht der Fall gewesen sei. Dort hätten unsere Kandidaten sehr wenig gegnerische Stimmen erhalten und diese Siege seien um so bemerkenswerther, als man für die Nachwahl fast ausschließlich nur mit Vertheilung von Stimmzetteln agitiert habe.

Wesentlich förderlich den Wahlen sei die Hilfe gewesen, welche aus den Erträgen der Reise von Frische und Bierck nach den Vereinigten Staaten geflossen sei, die ein Reinertrag von über 13,000 Mark ergeben habe. Man sei den amerikanischen Genossen, die dieses Unternehmen gefördert, lebhaften Dank schuldig, und er spreche diesen hiermit, wie er glaube im Namen aller Anwesenden aus. (Zustimmung.) Eine besondere Anerkennung verdient auch die Parteigenossen derjenigen Orte und Bezirke, die seit Jahr und Tag dem kleinen Belagerungszustand verfallen sind. Niemand werde glauben, daß dort die Polizei mit besonderer Schonung vorgegangen sei. Alles was an bekannten einflussreichen Personen vorhanden war, habe man ausgewiesen; wo eine solche Person so zu sagen übersehen sei, wäre dieselbe gezwungen, sich ruhig zu verhalten, und obgleich man somit geglaubt habe, der Partei in jenen Bezirken den Lebensnerv zu unterbinden, müßte die erfreuliche Thatsache konstatirt werden, daß gerade in den Belagerungszustandsgebieten der Geist der Partei am ausgezeichnetsten sei, die Genossen am großartigsten opferien und, wie der Vertreter des „Sozialdemokrat“ berichtet, das Blatt die größte Verbreitung besitze. Dort hätten heute Männer in der großen Mehrzahl die Führung in der Hand, die vor wenigen Jahren Niemand nur dem Namen nach gekannt, die auch heute weiteren Kreisen unbekannt wären und so recht aus der Mitte der Partei herausgewachsen seien. Dort habe sich gezeigt, daß alle Führerschaft erstrebbar sei, die Partei nicht von Einzelnen abhängt. Er schlage vor, den Parteigenossen der unter dem Belagerungszustand stehenden Bezirke für ihre tapfere und hingebende Haltung die Anerkennung des Kongresses auszusprechen. (Allgemeine Zustimmung.)

Hervorzuheben sei ferner, daß wie der spätere Bericht noch des Näheren zeigen werde, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ von Monat zu Monat die erfreulichsten Fortschritte mache, und derselbe heute fast überall gelesen werde, wo die Partei nur Anhänger besitze. Um für den Druck des Blattes eine sichere Stätte zu haben und auch andere Druckfachen, die das Sozialistengesetz zu scheuen hätten, ungehindert herstellen zu können, hätten sich eine Anzahl Zürcher Parteigenossen veranlaßt gesehen, im Verein mit dem Genossen Conzett, früher in Chur, jetzt in Hottingen, die ehemalige schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung käuflich zu erwerben. Conzett sei als Miteigentümer zugleich Leiter derselben.

Hervorzuheben sei ferner, daß die sächsischen Parteigenossen unmittelbar nach Verhängung des Leipziger Belagerungszustands einen erfreulichen Erfolg bei den Landtagswahlen davongetragen und es sei anzunehmen, daß wenn es gelinge, die Kandidatenwahl zu überwinden, weitere Erfolge bei den dieses Jahr stattfindenden Landtagswahlen zu erlangen sind.

Die Agitation werde den Parteigenossen künftig durch die Beschlüsse erleichtert, welche namentlich in der gegenwärtigen Session der Reichstag mehrfach gefaßt habe. Nachdem früher schon der Paragraph des Sozialistengesetzes bezüglich der Sammlungen dahin interpretirt worden sei, daß Sammlungen zu Gunsten der Familien von Ausgewiesenen und politisch Gemährteleten nicht verboten werden könnten, ist der kürzlich gefaßte Beschluß, daß Stimmzettel nicht als Druckfachen im Sinne des Sozialistengesetzes aufgefaßt werden dürften, von besonderer Wichtigkeit. Wichtig seien auch die Beschlüsse der Reichstagswahlkommission, daß Wahlversammlungen, weil sie von Sozialisten einberufen würden, nicht ohne Weiteres auf Grund des Sozialistengesetzes verboten werden könnten. Es sei Sache der Parteigenossen, diese dem Sozialistengesetz zugesetzten Löcher nach Kräften zu erweitern.

Habe er (Referent) bisher meist nur Erfreuliches zu melden gehabt, so müsse er jetzt auch eines tief traurigen Ereignisses gedenken, das erst in den letzten Wochen nicht bloß die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie aller Länder betroffen habe. Dies sei der unerwartete und zu frühe Tod des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, des Gründers der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Karl Marx. Die deutsche Sozialdemokratie habe in erster Linie sein Andenken zu ehren und so möge die Versammlung als Ausdruck des Schmerzes über den erlittenen unersehlichen Verlust und als Zeichen der Anerkennung für die Leistungen des Verstorbenen für die Sache des arbeitenden Volks sich von den Plänen erheben, eine Aufforderung, der Alle nachkommen.

Wie das Andenken von Karl Marx auch äußerlich am besten geehrt werden könne, darüber würden der Versammlung noch Vorschläge zugehen.

An dieses Referat über die Lage der Partei schloß sich unmittelbar der Bericht der mit dem Sammlungswesen betrauten Personen. Derselbe ergab, daß innerhalb Deutschlands die Gesamteinnahmen der Sammelstellen vom 5. Aug. 1881 bis 28. Febr. 1883 sich auf rund 95,000 Mark beliefen, die Ausgaben auf 92,100 Mark und am 1. März ein Bestand von 2,900 Mark vorhanden war. Hierzu kommen die Gesamteinnahmen, die für die verschiedensten Zwecke nach Zürich gesandt wurden und die sich auf 20,429 Franken in Einnahmen und 16,933 Franken in Ausgaben belaufen, sowie die Opfer, welche die Parteigenossen in den einzelnen Orten und insbesondere in den Belagerungsbezirken innerhalb dieser Zeit für Unterstützungen, Wahlen u. a. aufbrachten. Diese ließen sich nicht genau feststellen, man könne sie aber ohne Uebertreibung auch auf mindestens 150,000 Mk. veranschlagen.

Hier sei an den Beschluß des Reichsgerichts erinnert, daß nur solche Sammlungen strafbar sind, die von der Landespolizeibehörde ausdrücklich untersagt wurden.

Im Anschluß hieran berichtet der schweizerische Delegirte über die Bewegung in der Schweiz, resp. die Organisation der deutschen Sozialisten, die, getrennt von den politischen und gewerkschaftlichen Landesorganisationen, in 17 Mitgliedschaften 600 Genossen vereinigte, um neben der möglichsten materiellen Unterstützung der Partei in Deutschland auch den geistigen Zusammenhang unter den deutschen Genossen mit der Bewegung in Deutschland aufrechtzuerhalten und sich mit der Mutterpartei zu jeder Zeit und bei allen Kämpfen als ein untrennbares Ganze zu fühlen.

Zweite Sitzung am 30. März, Nachmittags 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst festgestellt, daß sämmtlichen Reichstagsabgeordneten der Partei Zeit und Ort des Kongresses bekannt war, und daß eine letzte, rein formelle Einladung an einige derselben nur in Folge eines Versehens unterblieben sei.

Hierauf wird in der Diskussion der Tagesordnung fortgefahren.

Dabei werden zunächst verschiedene Wünsche laut, welche eine einheitliche Regelung des Unterstützungswesens verlangen, und wird besonders darauf hingewiesen, daß es bisher nicht selten vorgekommen, daß wirklich unwürdige Individuen verhältnismäßig bedeutende Hilfe empfangen haben. Es wird zur Abhilfe dieses Uebelstandes unter Anderem auch vorgeschlagen, Unterstützungen nur mehr von einer Centralstelle aus zu zahlen.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Ebenso ein Antrag, welcher festsetzen wollte, daß, außer an der Centralstelle, nur Mk. 5,00 Unterstützung an einen Gemährteleten zu bezahlen seien.

Angenommen dagegen wurde folgender Antrag:

„Selbstunterstützung zur Weiterreise sollen die in's Ausland gehenden Gemährteleten oder flüchtigen Genossen nur dann erhalten, wenn sie entweder einen genügenden Ausweis mitbringen oder binnen acht Tagen von einem Vertrauensmann ihres letzten Wohnortes oder einem Vertreter der Partei einen solchen beibringen.“

Es wurde nun der Wunsch ausgesprochen, zur Orientierung der Genossen in bestimmten Zwischenräumen im „Sozialdemokrat“ die Namen der Personen zu veröffentlichen, welche wegen Mißbrauch der Hilfe oder aus anderen Gründen nicht mehr als Parteigenossen anerkannt werden.

Bei der Debatte hierüber wurde von den deutschen Seiten hervorgehoben, wie häufig die Parteigenossen

Orten durch ihre Gutmüthigkeit und Nichtbeachtung der im „Sozialdemokrat“ erlassenen Warnungen selbst daran schuld seien, daß Gelder an Unwürdige floßen.

Seitens des Londoner Vertreters wurde bei dieser Gelegenheit beklagt, daß der Londoner Verein übermäßig von Auswanderungslustigen befristigt worden sei, insolge dessen man ca. 1500 Mark für Auswanderer bezahlt habe, wodurch die Existenz des Vereins in Frage gestellt worden sei.

Auch von mehreren anderen Seiten wurde über die übergroße Auswanderungslust seitens der Ausgewiesenen geklagt und der Vorwurf erhoben, daß die Parteivertretung die Auswanderung eher fördere als zu hindern versucht habe.

Dagegen wurde geltend gemacht, daß die Parteivertreter nur in den Fällen ihre Zustimmung zur Auswanderung gegeben habe, wo zweifellos feststand, daß die betr. Personen nicht im Stande waren, sich in Deutschland eine Existenz zu schaffen. Die wegen politischer Vergehen flüchtigen aber seien fast ausnahmslos ohne Vorwissen irgend eines Vertreters der Partei ausgewandert.

Nachdem noch konstatirt wurde, daß viele der im Ausland lebenden Genossen, welche dort in der thätigsten Weise für die Partei wirkten, in Deutschland sich in einer Lage befanden, daß sie ohne Unterstützung der Partei nicht leben konnten, wird der Beschluß gefaßt, in geeigneten Zwischenräumen die Namen der Personen zu veröffentlichen, die sich Mißbrauch der Hilfe zu Schulden kommen ließen.

Von einer größeren Anzahl Redner wurde während der Debatte auch des Sammlungswesens gedacht, und war besonders eine größtenteils Zahl von Anträgen gestellt, welche sich darauf bezogen, der Parteigenossen einen detaillirten Einblick über die Verwendung der eingegangenen Gelder zu verschaffen.

Es wurde zunächst von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß durch eine detaillirte Abrechnung, welche Vertrauensleuten zuzustellen wäre, der mißbräuchlichen Ausnutzung der Parteihilfe vorgebeugt werden könnte. Dann glaubte man in eine solche Abrechnung ein Mittel zu haben, dem die und da vor zweifelhaften Elementen angefaßten Mißtrauen besser begegnen zu können, weiter wurde von einer Seite besonders auch darauf hingewiesen, daß in einer solchen Abrechnung ein wesentliches Sporn und Anreiz für die Aufbringung weiterer Mittel läge.

Diesen verschiedenen Anträgen wurde indeß entgegengehalten, daß nach Lage der Dinge, wie sie in Deutschland durch das Ausnahmegesetz geschaffen sei, es ganz unmöglich und für die betreffenden Personen nachtheilig wäre, eine solche Abrechnung zu geben. Die Erfahrung habe gelehrt, daß selbst, wenn solche Mittheilungen nicht bereits während der Vernehmung durch die Post in die Hände der Polizei geliefert würden, eine große Zahl unserer Genossen, trotz aller schlimmen Erfahrungen, noch immer nicht die genügende Vorsicht in Bezug auf Verwahrung oder Vernichtung von Briefen u. a. walten ließen. Eine zahlreiche Reihe von Verfolgungen, Inquirirungen u. a. wäre davon die Folge. Der dadurch aber angerichtete Schaden stände in keinem Verhältniß zu dem Nutzen, den solche Mittheilungen etwa bringen könnten. Die Polizei verfähre sehr willkürlich und bei den Gerichten lände man theilweise auch gar merkwürdige Auffassungen und Auslegungen, so daß selbst Verurtheilungen auf Grund des Sozialistengesetzes nicht ausgeschlossen seien.

In der eingehenden Debatte über diesen Punkt wurde von den verschiedensten Seiten hervorgehoben, wie es ja ganz selbstverständlich wäre, daß die Genossen ein Recht darauf haben, über die Verwendung der von ihnen, theilweise unter den schwierigsten Verhältnissen, aufgebrauchten Gelder orientirt zu werden; daß es aber unter den heutigen, ohne unser Zutun geschaffenen Verhältnissen, eine Unmöglichkeit sei, diesem Rechte in vollen Umfang Genüge zu leisten. Die Genossen müßten sich deshalb zufrieden geben, wenn für eine genügende Kontrolle gesorgt werde; andererseits aber muß es ihnen überlassen bleiben in Spezialfällen, sich Auskunft und Ausklärung zu holen.

In Bezug auf den Umstand, daß in Folge der Nichtveröffentlichung einer detaillirten Abrechnung, Mißtrauen entstehen könnte wurde allseits konstatirt, daß die bis jetzt mit dem Sammlungswesen betrauten Personen sich des unbedingtsten Vertrauens erfreuten und daß die Wünsche nach einer anderen Form der Abrechnung nicht dem Mißtrauen, sondern dem Wunsch nach Ausklärung entsprängen.

Der Hoffnung gegenüber, daß die Veröffentlichung der Ausgaben ein neuer Sporn zur Aufbringung von Geldmitteln wäre, wurde auf die Thatsache hingewiesen, daß die Sammlungs-erträge seit Bestehen des Ausnahmegesetzes eher zu als abgenommen hätten.

Bedenkt man, daß im Laufe der letzten 2 1/2 Jahre zirkulär 95,000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, und erwägt man, daß durch die Proklamirung des kleinen Belagerungszustandes in den Zentren unserer Bewegung die letzteren durch die Unterstützung der am Orte verbliebenen Angehörigen der Ausgewiesenen verhindert wurden, in derselben Weise, wie es sonst wohl geschehen wäre, die von ihnen aufgebrauchten Mittel zur Verfügung zu stellen, so ergibt sich daraus, daß die Opferwilligkeit der Genossen sich in großartigster Weise betheiligte hat. Dies der diene um so mehr hervorgehoben zu werden, als seitens der meisten Polizeibehörden in Deutschland in infamster Weise die Versuche, für die Opfer des Sozialistengesetzes Hilfe zu schaffen zu verhindern gesucht wurde.

Von verschiedenen Rednern wurde besonders auch auf die hervorragende pekuniäre Unterstützung hingewiesen, welche die im Ausland und besonders in Amerika lebenden Genossen der Partei haben angedeihen lassen.

Es gelangten folgende Anträge zur Annahme:

- „Der „Sozialdemokrat“ soll vierteljährlich mit der Quittung der eingegangenen Gelder zugleich auch die Gesamtsumme der Ausgaben angeben. Spezialisirte Abrechnungen sind nur den Kongressen resp. Konferenzen vorzulegen.“
- „Eine Kommission von drei Mann zur Prüfung über die Einnahmen und Ausgaben der Unterstützungsgelder der letzten 2 1/2 Jahre zu ernennen. Eine solche Prüfung soll künftig halbjährlich stattfinden und kurzer Bericht im „Sozialdemokrat“ erfolgen.“
- „Die Versammlung möge den amerikanischen Genossen besonderen Dank für die Sammlungen zur Unterstützung unserer Partei, sowie der unserer Partei angehörigen Uebelgeschwemmen auszusprechen.“

d) Die Verammlung spricht den Personen, die sich der Verwaltung der Unterstützungsgelder unterzogen haben, für ihre mühevollen Thätigkeit ihren Dank aus."

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, daß in Deutschland einige Zeitungen beständen, welche von den Genossen durch Abonnement unterstützt würden, und wurde daran von einer Seite der Wunsch geknüpft, in Zukunft davon abzusehen.

Uegen diese Angelegenheit wurde geltend gemacht, daß in Wirklichkeit Parteiblätter in Deutschland nicht bestehen und nicht bestehen könnten, die Blätter seien Privateigentum. Wenn aber das eine oder andere dieser Blätter uns gegenüber keine feindliche Haltung einnehme, so sei das kein Unglück. Entschieden verurtheilt freilich müßte werden, wenn ein Genosse an einem Orte das Parteiorgan, den „Sozialdemokrat“, über einem solchen Lokalblatte vernachlässigte oder gar zu Gunsten des letzteren gegen das erstere agitire. Soweit solche Fälle konstatiert werden könnten, fanden dieselben den herbsten Tadel.

Recht lebhaft trat im Anschluß an diese Debatte auch der Wunsch zu Tage, durch Beschaffung von gut geschriebenen Broschüren und Flugblättern die Agitation zu unterstützen. Eine ganze Reihe von darauf bezüglichen Wünschen wurden den schriftstellerischen Kräften zur Berücksichtigung empfohlen.

Unter Hinweis auf den bezüglichen Wbden seiner Zeit ausgesprochenen Wunsch, wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß dem Partei-Archiv in Zürich seitens der Genossen nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es wurde, um diesem Uebelstande abzuhelfen, folgender Beschluß gefaßt:

„Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ möge in geeigneten Zwischenräumen zur Sammlung für das Parteiarchiv auffordern.“

Eine während der Debatte erfolgte Anfrage, ob es richtig sei, daß zwischen der im „Sozialdemokrat“ gegebenen Abrechnung und den diesbezüglichen Angaben in der „New-Yorker Volkszeitung“ über die Einnahmen von der Fritzche-Viererschen Agitationsreise eine Differenz bestehe, fand durch die hierauf abgegebenen Erklärungen eine vollständig befriedigende Beantwortung.

Zum Schlusse wurden drei Züricher Genossen für die Revision gewählt.

Die Mark.

(Fortsetzung.)

Wenn ein Gutsherr — geistlich oder weltlich — ein Bauerngut erwarb, so erwarb er damit auch die zum Gut gehörige Gerichtsbarkeit in der Mark. Die neuen Grundherren würden so Markgenossen, den übrigen freien und hörigen Genossen, selbst ihren eigenen Leibeigenen, innerhalb der Mark ursprünglich nur gleichberechtigt. Aber bald erwarben sie, trotz des zähen Widerstands der Bauern, an vielen Orten Vorrrechte in der Mark, und konnten diese letztere oft sogar ihrer Grundherrschaft unterwerfen. Und dennoch dauerte die alte Markgenossenschaft fort, wenn auch unter herrschaftlicher Obervormundschaft.

Wie unumgänglich nötig damals noch die Markverfassung für den Ackerbau, selbst für den Großgrundbesitz war, beweist am schlagendsten die Kolonisierung von Brandenburg und Schlesien durch friesische, niederländische, sächsische und rheinfränkische Ansiedler. Die Leute wurden vom 12. Jahrhundert an, auf Herrenland dorfwweise angesiedelt und zwar nach deutschem Recht, d. h. nach dem alten Markrecht, soweit es sich auf herrschaftlichen Höfen erhalten hatte. Jeder bekam Haus und Hof, einen für alle gleich großen, nach alter Art durch's Loos bestimmten Antheil in der Dorfflur und die Nutzungsgerechtigkeit an Wald und Weide, meist im grundherrlichen Wald, seltener in besondrer Mark. Alles dies erblich; das Grundeigentum verblieb dem Herrn, dem die Kolonisten bestimmte Zinse und Dienste erblich schuldeten. Aber diese Leistungen waren so mäßig, daß die Bauern hier sich besser standen als irgendwo in Deutschland. Sie blieben daher auch ruhig, als der Bauernkrieg ausbrach. Für diesen Abfall von ihrer eigenen Sache wurden sie denn auch hart gezüchtigt.

Ueberhaupt trat um die Mitte des 13. Jahrhunderts eine entschiedene Wendung zu Gunsten der Bauern ein; vorgegearbeitet hatten die Kreuzzüge. Viele der ausziehenden Grundherren ließen ihre Bauern ausdrücklich frei. Andere sind gestorben, deren Bauern ebenfalls häufig die Freiheit erlangten. Nun kam dazu, daß mit den steigenden Bedürfnissen der Grundherren das Kommando über die Leistungen der Bauern weit wichtiger wurde, als das über ihre Personen. Die Leibeigenschaft des früheren Mittelalters, die noch viel von der alten Sklaverei an sich hatte, gab den Herren Rechte, die mehr und mehr ihren Werth verloren; sie schloß allmählich ein, die Stellung der Leibeigenen näherte sich der der bloßen Hörigen. Da der Betrieb des Landbaus ganz der alte blieb, so war Vermehrung der gutsherrlichen Einkünfte nur zu erlangen durch Umbruch von Neuland, Anlage neuer Dörfer. Das war aber nur erreichbar durch gütliche Uebereinkunft mit den Kolonisten, gleichviel ob sie Gutshörige oder Fremde waren. Daher finden wir um diese Zeit überall scharfe Festsetzung der bäuerlichen, meist mäßigen, Leistungen und gute Behandlung der Bauern, namentlich auf den Herrschaften der Geistlichkeit. Und endlich wirkte die günstige Stellung der neu herbeigezogenen Kolonisten wieder zurück auf die Lage der benachbarten Hörigen, sodas auch diese in ganz Norddeutschland bei Fortdauer ihrer Leistungen an den Gutsherrn ihre persönliche Freiheit erhielten. Allein das Alles sollte nicht lange dauern.

Im 14. und 15. Jahrhundert waren die Städte rasch emporgelommen und reich geworden. Ihr Kunstgewerbe und Luxus blühte namentlich in Süddeutschland und am Rhein. Die Ueppigkeit der städtischen Patrizien ließ den großgehäuteten, großgeleideten, plumpmöblirten Landjunker nicht ruhig schlafen. Aber woher die schönen Sachen erhalten? Das Wegelagern wurde immer gefährlicher und erfolgloser, zum Kaufen aber gehörte Geld. Und das konnte nur der Bauer schaffen. Daher erneueter Druck auf die Bauern, gesteigerte Zinse und Frohnden, erneueter, stets beschleunigter Eifer, die freien Bauern zu Hörigen, die Hörigen zu Leibeigenen herabzudrücken, und das gemeine Markland in Herrenland umzuwandeln. Dazu halfen

den Landesherrn und Adligen römischen Juristen, die mit ihrer Anwendung römischer Rechtsätze auf deutsche, meist unverständliche Verhältnisse eine grenzenlose Verwirrung anzurichten, aber doch so anzurichten verstanden, daß der Herr stets dadurch gewann und der Bauer stets verlor. Die geistlichen Herren halfen sich einfacher: sie fälschten Urkunden, worin die Rechte der Bauern verkürzt und ihre Pflichten gesteigert wurden. Gegen diese Räubereien von Landesherrn, Adel und Pfaffen erhoben sich seit Ende des 15. Jahrhunderts die Bauern in häufigen Einzelaufständen, bis 1525 der große Bauernkrieg Schwaben, Baiern, Franken bis ins Elsaß, die Pfalz, den Rheingau und Thüringen hinein überfluthete. Die Bauern erlagen nach harten Kämpfen. Von da an datirt das erneuerte allgemeine Vorkommen der Leibeigenschaft unter den deutschen Bauern. In den Gegenden, wo der Kampf gewüthet hatte, wurden nun alle noch gebliebenen Rechte der Bauern schamlos zertreten, ihr Gemeinland in Herrenland verwandelt, sie selbst in Leibeigne. Und zum Dank dafür, daß die besser gestellten norddeutschen Bauern ruhig geblieben, versielen sie, nur langsamer, derselben Unterdrückung. Die Leibeigenschaft deutscher Bauern wird in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, seit Mitte, in Schleswig-Holstein seit Ende des 16. Jahrhunderts eingeführt und immer allgemeiner den Bauern Jahrhunderte eingeführt und immer allgemeiner den Bauern Jahrhunderte eingeführt.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 11. April 1883.

— **Vorsicht!** In ihrem blindwüthigen Eifer wird die deutsche Polizei in nächster Zeit allerhand tolle Streiche begehen. Man muß darauf gefaßt sein. Namentlich gilt es die größtmögliche Vorsicht in der Korrespondenz. Ohne daß Briefe widergesegelt erdffnet (gestäubert) zu werden brauchen, kann die Polizei durch bei mliche Verhängung der Briefsperrre förmliche Korrespondenz fassen stellen und sich ganz in Form Rechtsens der Briefe, nach denen sie strebt, bemächtigen. Also Vorsicht und nochmals Vorsicht!

— Aus dem Reichstage, Anfangs April, schreibt man uns: Die kolossale Blamage unserer sogenannten „politischen“ Polizei steht, um mich „Kylbooll“ auszudrücken, „im Vordergrund des politischen Interesses“. Woju die Tausende von Spiegeln, und die Millionen von Mark für diese Tausende von Spiegeln, wenn es der Polizei nicht einmal möglich ist, einen großen Parteikongreß zu verhindern, dessen Verhinderung die „politische“ Polizei unseres Nationalparlamentes, genannt deutsches Reich, seit anderthalb Jahren als ihre Hauptaufgabe betrachtet hatte? Woju die Tausende von Spiegeln und die Millionen von Mark für diese Tausende von Spiegeln — wenn die bezahlten Spiegel „pour le roi de Prusse“ bezahlt und für die Staats- und Gesellschaftsrettung so gar nichts zu leisten im Stande sind? Das ist der allgemeine Gedanke auf neutraler Seite, und Herr von Puttkamer ruft, wie weiland Kaiser Augustus nach der Niederlage des Varus: „Mada!, Mada!, gib mir meine Millionen zurück!“

Wohl niemals ist der Beweis für die absolute Unfähigkeit und Nichtwürdigkeit der „politischen“ Polizei im Allgemeinen und der preussisch-deutschen Spitzelpolizei im Besonderen, so drastisch geführt worden, als durch den vorliegenden Fall oder richtiger Reinsfall — nämlich der Polizei.

Und das ist ein Sieg unserer Partei, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Wahlgemerkt, ich rede hier nicht von einem „moralischen“ Sieg! Mit allen „moralischen“ Siegen der Welt lockt man keinen politischen und nichtpolitischen Hund hinter dem Ofen hervor; und „moralischer“ Sieg ist in neuerer, d. h. parlamentarischer Zeit bekanntlich ein euphemistischer Beschönigungsausdruck für „Niederlagen“ und „Zus-tritte“ geworden.

Rein, ein ganz realer, materieller Sieg unserer Partei ist diese pyramidale Polizei-Blamage, denn sie bildet die denkbar wirksamste und glänzendste reductio ad absurdum des Sozialistengesetzes, — dieses rohesten, dümmsten und niederträchtigsten aller Polizeigesetze.

Wer heute noch glaubt, daß die Sozialdemokratie durch Büttel und Spitzel unterdrückt oder auch nur „niedergehalten“ werden kann, gehört in eine Zbiotenanstalt.

Es zibt sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Macht der That. Thaten sind nicht aus der Welt zu fügen, nicht wegzudeuten. Und eine so harte, massive und handgreifliche Thatfache wie der Kopenhagener Kongreß imponirt auch dem stumpfsten und träbsten Gehirn, und drückt seine Logik mit unabwehrlicher Gewalt Jedem auf, auch dem Denkhäufeln und Deulschwäzchen.

Kolossale Blamage der deutschen Polizei, kolossales Fiasko des Sozialistengesetzes — das ist die „Moral“ des Kopenhagener Kongresses, und sie wird ihre Früchte tragen.

Nicht, daß ich an die sofortige Abschaffung des Sozialistengesetzes, überhaupt an seine Abschaffung glaube! Aber die Autorität der Polizei hat einen mächtigen Stoß erhalten, und auf die Polizeiautorität stützt sich wesentlich unsere heutige Staats- und Gesellschaftsordnung.

Kolossale Blamage der deutschen Polizei! Vor allem der Berliner! Die Berliner Polizei hat sich allmählich zur deutschen Zentralpolizei gemacht, — sie dirigirt, und kommandirt. Sie ist in erster Linie an der Nase geführt und dupirt worden.

Wäre mir der Wind nicht geschloffen, ich könnte ein zwergelferschlütelndes Beispiel von Berliner Polizeistupidität erzählen! Genug — niemals sind Spitzel mit argloserer Raineit auf den Leim und in die Falle gegangen, als diesmal Herr von Madai, sammt seinen Spitzeln und Oberspitzeln.

Entsprechend dem Umfang der Blamage hatte auch die Wuth und der Kerger ungewöhnliche Dimensionen, sobald der heiligen Hermandad das Schredliche klar ward und sie sich von tosendem Wüthier umbrannt fand. Blindlings schlug sie drauf los, und da blinder Eifer nur schadet, so verlegte sie bei ihrem Dranloschlagen nur sich selber, und die Berliner „Beamten“, welche die verspätete und arg verunglückte Razzia gegen die heimkehrenden Kongreßmitglieder veranlaßt, werden noch einen harten Stand haben. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch haben sie, durch Verhaftung von drei auf dem Weg nach Straßburg befindlichen Reichstagsabgeordneten den § 106 des Reichsstrafgesetzbuchs verlegt, der also lautet:

„Wer ein Mitglied einer der vorbezeichneten Versammlungen (gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats u.) durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, sich an den Ort der Versammlung zu begeben, oder zu stimmen, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zwei Jahren ein.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben einen Antrag gestellt, welcher die Anwendung dieses Paragraphen verlangt. Die diplomatischen Herren vom Zentrum möchten uns nun allerdings zum Aufgeben dieses Antrags bestimmen, der ihnen jetzt unbenquem ist — indes wir werden den Leuten nicht den Gefallen thun. Sie sollen Farbe bekennen — gerade wie seinerzeit bei dem Kunnamengefecht.

Daß die Polizisten, welche die Verhaftung Frohme's, Bollmar's und Diez's anordneten, gegen diesen angezogenen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs sich vergangen haben, ist über jeglichen Zweifel erhaben. Es steht klar fest, daß die Abstimmung über die Holzölle am Mittwoch (5. d. M.) durch die Verhaftung des einen der genannten Abgeordneten positiv alterirt und gefälscht wurde. Wäre nämlich Diez nicht auf der Fahrt angehalten worden, so hätte er Berlin rechtzeitig erreicht, um noch gegen die Regierungsvorlage zu stimmen, die dann statt mit 136 gegen 135 Stimmen an eine Kommission verwiesen zu werden, sofort mit 136 gegen 135 Stimmen — Stimmengleichheit gilt als Ablehnung — verworfen worden wäre.

Im Reichstag schwanken die Parteigruppierungen. Weder für noch gegen die Regierung eine feste Majorität. Das gegenseitige Zahlenverhältnis verschiebt sich flugandartig von Minute zu Minute. Bei der „Hohdebatte“ und in der Gewerbeordnungsdebatte tritt dies recht deutlich zu Tage. Nach dem Muster der alten Wüthier gehen auch die alten Parteien zum Tanze!

Inzwischen wird der oppositionelle Zug im Volk immer kräftiger, und ist sogar bis nach Pommern, ins Herz der „deutschen Länder“, gedrungen. Die Wahl des Fortschrittlers Samml im Straßburger Reichstagswahlkreise ist ein bemerkenswerther Erfolg des mehr und mehr um sich greifenden Oppositionsgeistes, und Herr von Bismarck wird sich, Angesichts dieser fatalen Schlappe, welche der „Konservative Werdanke“ (lucius a non luendo) erlitten, wohl zweimal bekennen, ehe er seine auf die schwachen Nerven der Nationalliberalen und Sezessionisten berechneten Auflösungsbedrohungen wahr macht. N'est pas si bête. So dumm ist er nicht!

Am Donnerstag trat der Reichstag in die Berathung der reaktionären Vorschläge bezüglich Abänderung der Gewerbeordnung ein. Die „große liberale Partei“ hatte sich im Prinzip geeinigt, dem reaktionären Ansturm zu widerstehen und gegen die Regierungsvorlage, resp. die Kommissionsbeschlüsse Front zu machen. Da auch ferner noch feststand, daß einzelne rheinische Zentrumsmänner sich aus Utilitäts-, d. h. Freigehaltensgründen drücken, daß ferner die bayrischen Ultramontanen durch den Landtag in München zurückgehalten würden, so hörte man allgemein, daß die Gewerbeordnung, die schon einmal bedenkliche Löcher erhalten hat, diesmal ohne schwere Blessuren aus dem Ansturm der Reaktion herübergehen würde. Die „große liberale Partei“ infolge der Nationalliberalen hatte diesen Ausgang durch die liberale Presse in's Land posamen lassen und deshalb hatte sie sich auch bemüht, die Gewerbeordnungs- vor dem Krankenkassengesetz zur Berathung zu bringen. — Aber welche Täuschung! Die vertrauensdienlichen Fortschrittler und Sezessionisten, die sich schon hundertmal durch die Nationalliberalen hinter das Licht hatten führen lassen, wurden — und es geschah ihnen recht! — zum hundertundeinten Male angelulit. Die Nationalliberalen stimmten nämlich mit ganz geringen Ausnahmen mit der Reaktion.

Wir wundern uns darüber selbstverständlich nicht. Die Nationalliberalen haben ja zur Genüge bewiesen, daß sie der Gewalt gern Gütlichdienste leisten. Uebrigens zeigten sich die Herren hier in ihrer ganzen Größe. Das einzige relativ Gute nämlich, was die Nationalliberalen in der neueren Gesetzgebung geleistet haben, ist die Gewerbefreiheit, wie sie in dem Gesetz die Gewerbeordnung betreffend enthalten war. Und nun zerschören dieselben Herren diese eine Leistung selbstmüderlich wieder.

Wielang hat man vielfach noch geglaubt, daß die Nationalliberalen nur in politischer Beziehung in's Lager des Polizeistaates übergetreten seien; man sieht, daß sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht Polizeiverwehler geworden sind. Das Politische läßt sich eben nicht vom Wirtschaftlichen trennen.

Die Debatten selbst waren im Allgemeinen nicht lebhaft — einige konervative Streithähne wurden mit einigen fortschrittlichen handgemein; es flogen einige Federn in der Luft herum, doch besagte keiner der Kämpfer eine Krone oder gar ein paar Sporen. Erst als unser Genosse Stolle in die Debatte eintritt, kam Leben in die Reichstagsdebatte. Die Herren von der Rechten hatten bei Gelegenheit der Konfessionstheilung für Schaustellungen u. s. w. wieder einmal über die große Unsitlichkeit gekammert, wie sie im Volke, unter den niederen Schichten herrsche, worauf Stolle antwortete, daß die vornehme Gesellschaft vor ihrer eigenen Thüre lehren möge. Man brauche nur an die Orgien zu denken, die in Kasernen und Offizierskasinos vorlämen, wobei junge Mädchen von den champagnekosten Offizieren gezwungen würden, nackt allelei Tänze auszuführen und allelei Stellungen einzunehmen.

Darob furchtbare Hulloß und Geschrei auf der Rechten; sittliche Entrüstung am Regierungstische — Puttkamer bekrenzte sich! Man rief nach Beweisen. Juristische Beweise lassen sich da nicht führen, aber Jedermann weiß, daß bei den Offizieren, „die aus moralischen Gründen in der Kaserne „Verwandten“ allmählich sich bei der Wache „konfinen“ und sonstige „weiblichen“ weiblichen Geschlechtes anmelden und durchgelassen werden müssen und dort bis zum frühen Morgen verweilen. Und Jedermann kennt die Geschichte von dem deutschen Kronprinzen Kammerherrn, dem Prinzen von Salm-Dyck, der mit verschiedenen Fremden aus dem Offiziersstande die Mädchen aus einem in Berlin sehr bekannten Birtus zu sich lud, welche dann nackt vor den vornehmen Augen diejenigen Sprünge wiederholen mußten, die sie angeleitet dem Volke einige Stunden zuvor vorgeführt hatten. „Unser“ Freit, der bekanntlich unter dem Pantoffel seiner hässlich errogenen und sehr sittenstrengen Gemahlin steht, erfuhr den Skandal und jagte den Prinzen Salm aus seiner bisherigen Stellung, was allerdings nicht verhindert hat, daß selbiger Prinz noch immer eine Fierde der preussischen Aristokratie ist.

Ähnliche Fälle wären noch zu Duzenden zu erzählen. Kurz und gut: die Kneigung, die Genosse Stolle gab, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Verblüfftheit der Herren auf der Rechten wurde nur durch die Pserberohheit derselben übertroffen — die „väterlichen Oaken“ dieser Junker konnten kein größeres Gedrüll anstimmen in den heimischen Ställen, wie die aristokratischen Herren dies im Reichstag thaten.

Besser aber konnte Genosse Stolle nicht belohnt werden — er hatte eben den wundesten Punkt dieser heuchlerischen, verputtkamerten Gesellschaft getroffen.

— **Briefsperrre.** Einige deutsche Zeitungen bringen die Nachricht, über die wirklichen oder vermeintlichen Teilnehmer am Kopenhagener Kongreß sei die Briefsperrre verhängt worden. In dieser Ausdehnung ist die Nachricht jedenfalls unrichtig. Ueber diesen oder jenen der Teilnehmer am Kongreß Verdächtigen mag wohl Briefsperrre verhängt sein, allein diese Maßregel setzt voraus, daß gegen die Betreffenden gerichtliche Untersuchung und Strafverfahren eingeleitet sei. In einzelnen Fällen ist dies auch geschehen; jedoch, soweit bis jetzt bekannt, nicht des Kongresses wegen. Was speziell die sozialdemokratischen Abgeordneten angeht, so steht keiner derselben unter Briefsperrre und wird auch keiner während der Dauer der Session unter Briefsperrre gestellt werden, da der Reichstag unter keinen Umständen die dazu unerlässliche Genehmigung erteilen wird. Die Korrespondenz an die Reichstagsabgeordneten ist also keinen ausnahmsweisen Beschränkungen unterworfen. Daß im Laube der Briefsperrerei Vorsicht beim Schreiben Noth thut, versteht sich von selbst und braucht nicht besonders eingeschärft zu werden.

— Zum Thema der Beamtenkorruption schreibt man uns abermals aus Kauffbeuren, Ende März: Wir haben in Nr. 6 des Parteiorgans schon das Treiben des Inhaltsabauhrers Becker gekennzeichnet, und ging Regierungsrath Pienter in Folge dessen nach

Kaufmann und Irsee, um „Untersuchung“ einzuleiten — aber beiseite nicht, um die Redlichkeit des Oudeter zu erproben, sondern lediglich diejenigen ausfindig zu machen, welche dessen Wirtschaft in weiteren Kreisen bekannt gemacht und endlich in dieses Wespenneß gestochen haben, damit an denselben gehörig Rache genommen werden könnte. In dieser Beziehung blieb nun dem Herrn Regierungsrath der Schnabel ebenso sauber, wie die grovirenden Anklagen einer Reihe von ganz unbescholtenen Leuten in Irsee gegen Becker einfach unbeachtet geblieben sind, trotzdem dieselben eithlich abgegeben sein sollten. Wir werten den bayrischen Löwenorden gegen einen bleiernen Hofenknoy: Der zehnte Theil der Energie auf Anknüpfung der Aufdecker der Wahrheit verwendet, hätte, auf Untersuchung der Becker'schen Geschäftsführung gerichtet, ein Resultat ergeben, welches diesen Menschen in's Zuchthaus, pardon, in Person à la Gendarme, zu schleiten im Stande war.

Man hat dann die Sache als grobe Verläumdung bezeichnet, nachdem man noch ein paar Kreaturen des Becker gefragt hatte. Verläumdung soll sein, was in Nr. 6 des „Sozialdem.“ gesagt ist, und was ebenso der ganze Bezirk längst weiß und glaubt, wie es auch Becker's Borgehete wissen müssen. Verläumdung soll es sein, wenn wir sagen, dieser Becker hat das Verfügen vom Anstaltsbau durch vom Kreise bezahlte Arbeiter für sich zu Brennholz machen lassen und verbraucht, trotzdem er gehalten ist, das Feuerungsmaterial selbst zu schaffen. Verläumdung soll es sein, daß er immer eine Frau oder ein Mädchen für seine Handhabung als Magd verwendete und als Handlangerin am Anstaltsbau in den Lisen führte und bezahlte, (was auch von dem Schreinerlehrling gesagt wird). Daß er das Geld der Weispayer dem Kaffeelieferanten unterstalt und dasselbe dann, als die Sache rufbar wurde, von einem in Irsee anständigen Anstaltsarbeiter in Irsee entlehnte, um es an die rechte Adresse gelangen zu lassen. Her mit den Beweisen, daß das Verläumdung ist!

Es ist vielleicht nicht auch Verläumdung, wenn man sagt, daß Becker einen beim Anstaltsbau beschäftigten Irseer Dekonomen veranlasste, mit seinem Kutschwerke beim dortigen Ziegler die schlechtesten Steine zu holen unter dem Vorgeben, sie gebühren für ihn selbst zu seinem Stalle. Die Steine wurden dann in die Anstalt gefahren, und als Beschädigte erhoben wurde, als vom Ziegler zu dem Anstaltsbau gelieferte Steine gezeigt. Der Ziegler gab wahrscheinlich keine „Provision“, oder hätte einen zu streifen Budek oder auch beides. Man bezog dann die geringeren Steine mit großen Kosten von weiter her. Die Irseer Bodenplatten waren erst gut genug, nachdem sie von zweiter Hand um den doppelten Preis bezogen waren.

Es ist wirklich auch Verläumdung, daß Becker bei Irseer Gewerksameistern für seine Privatwede arbeiten ließ und denselben zumuthete, diesem „Kinde“ einen anderen Namen zu geben und es der Kreisrechnung zu unterstellen? Daß er mit Hilfe von Helfershelfern (worunter sich ein „Diener Gottes“ befinden soll) einen eidenen, der Gemeinde Irsee gebührenden Beichtstuhl aus der Kirche stahl und sich daraus in der Anstaltschreinererei einen Schranz für Hofen und Röße machen ließ. Uns können alle Beichtstühle der Welt gestohlen werden, nur möchten wir das Holz nicht in Spitzhüttenhänden wissen. Auch eine Partie Pelzwaaren hat Herr Becker in München bezogen und dieselbe den Frauen der momentan von ihm abhängigen Arbeiter um Gott weiß welchen Preis angehängt.

Es ist ferner auch Verläumdung, wenn gesagt wird, daß Becker einen Arbeiter „erluchte“, in der Irseer Ortskirche vergoldete Kofetten für ihn zu „nehmen“ und sich heimlich in den Besitz der Sakristeischlüssel zu setzen. Ob das wahr ist, kann in Irsee drängen, wie gesagt, leicht erfragt werden, man weiß es sogar weit über diesen Ort hinaus, da Arbeiter aus aller Herren Länder dort waren. Also ungenirt 'rrann, meine Herrschaften, immer 'rrann mit dem Untersuchen!

Wenn wir nicht überzeugt wären, daß es in der jetzigen durch und durch verfaulten und korrumpirten höheren Gesellschaft, besonders für Sozialisten, kein Recht gibt, so hätten wir mit unserem Namen nicht hinter dem Berge gehalten, aber wir haben, wie Figura zeigt, King gehandelt, da wir uns nutzlos der Rache dieser Herren ausgeht hätten, obwohl wir die Wahrheit bieten. Wenn es in Preußen-Deutschland noch ein Recht gäbe, könnte man ganz unbescholtene Bürger, welche thätlich mit der Sozialdemokratie nie etwas zu thun hatten, auf die Denunziation eines Menschen, wie Becker, als sozialistenverdächtig behaupten und stundenlang durch vier Mann Alles von Unten bis Oben durchschulffeln lassen, während man notorische Hallunken ungehindert weiter langhütern läßt?! — Um nun schließlich mit Becker zu sagen: „Guch Herren sei's hiermit in's Gedächtniß gerufen.“ Becker hätte ihr auch dem Volke gegenüber nicht kennzeichnen können, als durch diese „Untersuchung“, mit der dem Rechtsgesühl desselben wieder ein gründlicher Schlag beigebracht wurde.

Ueberall herrscht nur die eine Stimme hier: Die „Herren“ heißen einander nicht, da hält einer den andern; die würden ohne Gewissensstrafel die Männer, welche die Wahrheit sagen, ins Unglück bringen, um einen halberzüglerigen Handwerksbursche ein Stück Brod betteln, so kommt der „Strolch“ hinter Schloß und Riegel; dem Becker aber, dem werden nach seinen verübten Lumpereien noch die Magazine der Aufsatz anderrant.

Und das Volk hat Recht!
Wenn aber dieser Lumpazi-Magazinverwalter, welcher sich gerühmt hat, daß er früher beim Auszahlen der Arbeiter stets einen Revolver auf dem Tische liegen haben mußte, später noch gedelt werden sollte, so möchten wir zum Schluß noch den unmaßgeblichen Vorschlag machen, denselben den Namen „Fisch von Schusticoski“ zu verleihen. — Dies den hohen Landräthen dieser schönen Gegend zur Beachtung, dem Volke aber zur gründlichen Betrachtung darüber gewidmet, wie man in unserer erleuchteten Zeit „Untersuchungen“ veranstaltet. — ??? —

— Postzeitschrift. Das Leipziger Polizeiblatt, alias „Tageblatt“, enthält (in der Nummer vom 7. ds.) aus Polizeiführer folgende Polizeinotiz:

Leipzig, 6. April. Der jüngst hier ausgewiesene Drechsler Unglaube, dessen Ueberfiedelung nach Borsdorf bekanntlich dazu benützt wurde, daß ihm eine größere Anzahl von Sozialisten dorthin das Gefolge gaben, hat nach einer aus zunehmenden Mittheilung an dem Kongreß der sozialdemokratischen Parteiführer in Kopenhagen Theil genommen. Es dürfte damit erwiesen sein, daß die Behörde, als sie gegen Unglaube die Maßregel der Ausweisung ergriff, wohl mußte, daß damit keineswegs eine politische so harmlose Persönlichkeit getroffen wurde, als in einigen extrem liberalen Blättern zu lesen war.

Ob Unglaube auf dem Kopenhagener Kongreß war oder nicht, das ist uns unbekannt. Für die Ausweisung Unglaube's ist es aber auch vollkommen gleichgültig. Wenigstens nach gewöhnlicher Logik. Die gewöhnliche Logik erheischt nämlich, daß die Handlung, um derentwillen Jemand bestraft wird, vor der Bestrafung begangen sei. Die Polizeilogik dagegen stellt die gewöhnliche Logik auf den Kopf und erheischt, daß Jemand für eine Handlung bestraft werde, welche er erst nach der Bestrafung begeht. — Nun, die Logik ist Verstandes- und Vernunftsache, und gelegentlich des Kopenhagener Kongresses hat die Polizei eine so wunderbare Abweichung von gewöhnlichem Verstand und gewöhnlicher Vernunft bekundet, daß diese Abweichung von der Logik uns nicht wunderbar erscheinen kann.

— Ein „gut kaiserliche“ Polizeiwachmeister blüht auch in Wiesloch die „ganze Schwere des Sozialistengesetzes“ fühlbar

machen. Am 22. Februar wurden nämlich infolge auswärts praktizierten Briefdiebstahls „auf Befehl des Großherzoglich Badischen Ministeriums“ einige Hausdurchsuchungen veranstaltet. Gefunden hat man etliche alte Nummern der „Berliner Freien Presse“ und des Leipziger „Vorwärts“ vom Jahre 1876, welche sofort mitgenommen, aber bis heute (Ende März) nicht zurückgegeben wurden. Eine Eingabe auf Ausfolgung des Konfizierten soll gemacht worden sein.

Damit aber diesem weisbewegenden Ereigniß die Weiße des Humors nicht fehle, jog der dienstthuende Herr Schandarmenwachmeister während einer der Hausdurchsuchungen eine Rede unseres Abgeordneten M. Kayser an's Tageslicht, überflog einen Augenblick mit prüfender Miene den Titel, sah hinein, las und sprach sodann ehrsüchtig und strahlenden Angesichts:

„A — eine Rede von unserem Kaiser, — die suchen wir nicht!“

Sprach's, legte das Büchlein wieder sorgfältig in die Schublade zurück und ließ getroßt und heutelos den „gut kaiserlich“ befundenen Verhaussichten.

Auch in Wiesloch hat sonach die kaiserliche Botschaft — denn diese glaubte der Herr Wachmeister offenbar vor sich zu haben — ihre Wunder gewirkt und wir Sozialdemokraten sind mit unserem M. Kayser um einen bewährten Schutzgeist reicher geworden.

Korrespondenzen.

— Werbau (Sachsen), im Februar. Die Leser des Sozialdemokrat werden glauben, in unserm Werbau gehe es recht gemüthlich, weil wir lange in diesem Degan nichts von uns haben hören lassen; dem ist indess nicht so. Ob wir gleich von Volkshelmsheiligen bis jetzt verständig geblieben sind, so haben wir doch mit einem noch größeren Feind zu kämpfen, und zwar wie allerwärts mit dem Kapitalfack, mit unseren Fabrikanten. Denn sobald der Arbeiter Miene macht, an deren Geldfack zu rütteln, heißt es bekanntlich einfach: Was wollt Ihr? Nicht arbeiten wollt Ihr, wie wir wollen? Wartet, wir wollen's Euch lehren, Ihr Faulenzer! Wer nur im Geringsten an unserer Fabrikordnung rüttelt, wird auf die Straße geworfen. Diese Erfahrung sollten wir in Werbau besonders machen. Als nämlich der Crimmitschauer Streik mit einem kleinen Sieg gendete hatte, glaubten auch unsere Fabrikarbeiter hier eine bescheidene Forderung stellen zu können, hier, wo die Arbeitszeit im Sommer von Früh 5 Uhr bis Mittag 12 Uhr und von 1 Uhr Nachmittags bis Abends 7 Uhr, inklusive eine halbe Stunde Frühstück und Vesper, dauert. Im Winter gehts von Früh 6 Uhr bis Mittag 12 Uhr und Nachmittags von 1 Uhr bis Abends 8 Uhr, Frühstück und Vesper wie oben, ähnlich wie früher in Crimmitschau. Nun kommt aber noch die Ueberarbeitszeit. Da muß oft bis Nachts 12 Uhr, Sonnabends oft ganze Nächte, gearbeitet werden, was doch sehr gesundheitschädlich für die Jugend von 12 bis 14 Jahren ist. Und wer nicht mitmachen will, kann gehen, denn da wird nicht „gevoigt-ländert“, wir brauchen keinen Faulenzer, heißt es da.

Da nun die lange Arbeitszeit in den dümpeligen Fabrikräumen die Gesundheit sehr mindert, so wurde denn der Wunsch der Arbeiterschaft laut, wenn wir nur eine Stunde Arbeitszeit täglich weniger hätten! Wir wollten gar keine Lohnverhöhung jeit verlangen, trotzdem daß jetzt ein flotter Geschäftstag ist, aber wir haben jetzt keine glänzige Jahreszeit dazu, um Lohnverhöhung zu fordern. Gesagt, gethan. Es wurde zu diesem Zweck eine allgemeine Fabrikarbeiterversammlung in der Zentralthalle am 9. Dezember 1882 einberufen, mit der Tagesordnung: „Die Arbeitszeit von Früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, inklusive eine halbe Stunde Frühstück und Vesper und eine Stunde Mittagspause, und zweitens: Abschaffung sämtlicher Ueberarbeitszeit.“ Als Referenten waren erschienen: Robert Müller aus Reichenbach und einige Genossen aus Crimmitschau. Kopf an Kopf gedrängt standen Arbeiter sowie Arbeitgeber in dem großen geräumigen Saal der Zentralthalle und lauschten dem Referat unseres Genossen Müller. Derselbe wies nach, wie die lange Arbeitszeit vor Allem dem höchsten Gut der Arbeiter, der Gesundheit, nachtheilig sei, und wie dadurch uns Arbeitern selbst die schlimmste Konkurrenz geschaffen würde. Ebenso daß in keinem Lande so viel gearbeitet würde, als hier in Werbau. Er verwies auf England, Amerika, Belgien, Frankreich u. s. w. Mit einem allmüthigen Bravo begrüßten die Arbeiter die Worte ihres Führers. Als nun aber der Vorsitzende die Versammelten zur Debatte über das Referat aufforderte, hatte kein hiesiger Arbeiter den Muth, etwas zu sagen. Denn die reine Wahrheit öffentlich sagen, heißt hier, sich auf Gnade und Ungnade aus der Arbeit gejagt sehen. So sieht es bei uns, und ein kleines Abschreckungsbeispiel wurde uns auch sofort geliefert: dem Genossen Trombold wurde, weil er die Versammlung, und zwar zu unserer größten Zufriedenheit, leitete, sofort mit dieser Motivierung die Arbeit gestündigt. Trombold ist Eisenbrecher, der biederere Arbeitgeber heißt Krauß und ist Maschinen-Fabrikant. Auf die Frage, warum er aus der Arbeit entlassen werde, sagte man ihm, die Fabrik bekomme keine Aufträge mehr von den Spinn- und Web-Fabrikanten, wenn Trombold behalten werde. — Da nun, wie gesagt, kein hiesiger Fabrikarbeiter sich in unserer Versammlung zum Wort meldete, so meldete sich ein Fabrikant. Unser Genosse Müller aus Reichenbach und unser Crimmitschauer Genosse vertheidigten die Arbeiter-Anglegenheit dem Fabrikanten gegenüber so geschickt und überzeugend, daß sogar in gegnerischen Kreisen gesagt wurde, die Männer haben doch Recht, und allgemeiner Beifall wurde ihnen seitens der Arbeiter zu Theil. Der Raum des Dances erlaubt nicht, Alles wörtlich zu geben, wir wollen uns daher bloß darauf beschränken, noch mitzutheilen, daß zur Abstimmung ein Wahl von Händen sich erhob. Alle stimmten für die Tagesordnung, mit Ausnahme der Fabrikanten. Dann wurde bekannt gegeben, daß das Resultat in den Lokalblättern veröffentlicht werden solle. Die verammelten Arbeiter gingen auseinander mit den größten Hoffnungen, überzeugt, daß eine so vernünftige Forderung, wie die heute gestellte, auch erfüllt werden könne. Den Fabrikanten wurde der Beschluß der Versammlung schriftlich mitgetheilt, und gleichzeitig gebeten, den Beschluß unserer Genossen Trombold zu kommen zu lassen. Nach vier bis fünf Wochen erhielten wir dann die „höfliche“ Antwort, daß der „Industrieverein“ auf unsere Forderung der Konkurrenz wegen nicht eingehen könne, er habe aber den Beschluß gefaßt, Sonnabends eine Stunde weniger arbeiten zu lassen, und Freitag den Lohn anzuzahlen. Also eine Stunde in einer ganzen Woche um der Konkurrenz willen, und wie wird diese Stunde inne gehalten? Fein! Es wird nämlich jetzt bloß 20 Minuten zu Vesper und zu Frühstück gemacht? Also zweimal 10 Minuten täglich weniger gegen früher, wo 30 gemacht wurden. Fazit: 120 Minuten die Woche an der Vesper- und Frühstückszeit dem Arbeiter abgeknappt, gegen eine Stunde angeduldet kürzere Arbeitszeit! Nicht wahr, eine „freie Vereinbarung“ ist besser, als wie ein jehnsündiger Normalarbeitstag, denn diese bringt nun den Raubrittern — halt, wollte sagen Industrievritten — jährlich 1500 Mark mehr ein, als wie das „Zwangsgesetz“ mit einem jehnsündigen Normalarbeitstag. Hat es doch jüngst ein solcher Raubritter selbst gesagt, diese Stunde Arbeitszeit, die die Arbeiter in einer Woche weniger arbeiten, würde ihm 1500 Mark jährlich schaden. Nun haben sie's herausgetitelt: Eine Stunde Arbeitszeit haben sie den Arbeitern mehr aufgedrängt, während man sie glauben machen wollte, daß sie nun weniger zu arbeiten haben. Aber der Arbeiter hat auch rechnen gelernt und weiß, daß die Industrievritten-Roge das Rausen nicht läßt. Diese Frühstücke passen in den reichskomplexen „Volkswirtschaftsrath“, sie verstehen sich auf soziale Reformen zum Wohle der Unterwelt! — Im Stadverordnetenkollegium und Stadtrath oder auf dem Landtag spielen diese Strandschilde „Arbeitervertreter“, während niederkriechen ihre Lösung ist. Der seine städtischen Steuern nicht entrichten kann, dem werden sie am Lohn abgezogen, wie es unendlich vorkam. Ein Arbeiter hatte städtische Steuern auf ein Jahr zu entrichten; er ist der Verdienst allein und hat eine starke Familie zu erhalten. Sein Verdienst ist bloß 11 bis 12 Mark die Woche. Da er nun nicht zahlen konnte, so wurde der Fabrikant behördlich beantragt, die Steuer einzuziehen, und dieser humane Fabrikant war sogleich bereit dazu und zog ihm sofort gegen 11 Mark ab. Nun konnte die Familie hungern, „haben doch

wir unser Geld! Wir könnten noch viel von dem „gemüthlichen“ Werbau berichten, aber für heute genug des „Erhebenden“. „Nun“, sagen die meisten Arbeiter, „können denn diese Spitzhütten mit uns machen was sie wollen?! Dieses Gefindel baut große Paläste und möchte die Fische im Weine waschen! Das muß anders werden, wir müssen einen jehnsündigen Normalarbeitstag gesetzlich erhalten, dann muß der Lohn von sich selber steigen.“ — Ganz recht, auch wir Sozialdemokraten sind der Ansicht. Aber vor allen Dingen heißt es: Organisiert Euch, agitirt, schafft Geld mittel, dann lassen sich Mittel und Wege finden, den Schmarogern gemoppnet entgegenzutreten. Vor allen Dingen aber laßt's Euch angelegen sein, den „Sozialdemokrat“ weiter zu verbreiten, der darf in keiner Arbeiterfamilie fehlen, wenn's besser werden soll.

Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn Ihr nur einig seid;
Drum haltet fest zusammen,
Dann seid Ihr bald befreit.
Drängt Sturmschritt vorwärts in den Streit,
Wenn auch der Feind Kartätschen speit,
Dann siegt Ihr, Arbeitermänner,
Das Proletariat!
Ein Fabrikarbeiter.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßregelten nicht!

Aufforderung.

Wer in Sachen der „Sittlichkeit“ des deutschen Offiziersstandes Beweismaterial liefern kann, wird gebeten, dasselbe den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten oder uns zur Beförderung an dieselben mitzutheilen.

Den Herren Junkern, welche unsern Genossen Stolle so wüthend anfelegten, als er ihnen in drastischer Weise ob ihrer ingendhaften Enttückung über die Verderbtheit des Volkes heimelichtete, muß ein erdrückendes Material entgegengehalten werden. Bief ist vorhanden, mehr muß noch beschafft werden und kann noch beschafft werden. Also umgehan! Wo nöthig, wird selbstverständlich strengste Diskretion über die Einsender beobachtet werden.

Warnung.

Genossen! Der Tischler Hermann Mayer aus dem Detmold'schen, früher in Remport, zuletzt Steward im kommunistischen Arbeiterbildungsverein zu London, jetzt wieder in America, hat das ihm geschenkte Vertrauen der hiesigen Genossen und Geschäftsleute in schweblicher Weise mißbraucht.

Es ist eine unangenehme, aber nothwendige Pflicht, die Genossen auf einen Menschen, welcher es sich zum System macht, auf Kosten von Arbeiterorganisationen zu leben, aufmerksam zu machen, London, 8. April 1883.

Der Vorstand

des kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Quittung.

Für die Wittwe Ernst Künzel's in Leipzig sind von Leipziger Genossen Mk. 50,—, von F. B. L. Mk. 15,— eingegangen.

Briefkasten.

der Redaktion: Parteigenossen in der Lüneburger Haide: In dem Sinne, in welchem Sie von Religion sprechen, ist die Sozialdemokratie allerdings nicht religionsfeindlich, und wenn dies nicht stets besonders betont wurde, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß der allgemeine Sprachgebrauch, beziehungsweise die historisch gewordene Volkseinstimmung mit dem Worte Religion den Begriff des kirchlichen Konfessionalismus, des Festhaltens an den durch die sogenannte Offenbarung vermittelten Glaubenssätzen verbindet. Im praktischen Kampfe haben wir es eben mit den bestimmten positiven Religionen zu thun, die sammt und sonders unserer Sache feindlich gegenüberstehen, während für das, was die Religionen nennen, sich bessere, klarere, weniger zu Mißverständnissen Anlaß gebende Bezeichnungen mit Leichtigkeit finden lassen. Dies unser Standpunkt, der uns jedoch nicht abhalten soll, nach Möglichkeit Ihrem Wunsche gerecht zu werden.

der Expedition: Johannes B.: Bf. vom 47 erh. Dank. — Columbus: Bf. d. 9/4 erh. — H. Rüghe. R.-Port: Fr. 101,25 Baar und Fr. 31,67 Jährl. an St. à Cto. gutgebr. Sdg. am 9/4 abgeg. Katalog re. folgt. — Norderich: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. erh. — Groß-Rogau: Mk. 10.— pr. Uds. re. dtd. verment. — Roth ist die Farbe, Payerne: Fr. 2.— Ab. 2. Qu. erh. — R. R. R. a. S.: Mk. 6.— Ab. 2. Qu. erh. — Der Führer Lph.: Bf. 1,70 Mk. 2. Qu. erh. vorgeg. Antw. liegt bei 15.— Dtschdem. Ber. Thurgobde.: Fr. 1.— f. Hgbl. erh. — A. Höpke R.-Port: Fr. 101,25 (30 Doll.) à Cto. erh. Bfllg. am 6/4 abgeg. — Wellshord Pa. S. A. P. durch B. Jenseider: Fr. 50,65 (Doll. 10.—) pr. Hgbl. dtd. erh. — Bli.: Fr. 2,55 f. Schft. zur B. Berf. erh. — Beit: Fr. 4,50 f. Pbotgr. erh. — T. M. Wellfel: Fr. —,50 f. Schft. erh. — R. Egg.: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. erh. — B. St. 34.: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. erh. — E. F. Pfm.: Mk. 10,50 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Betr. Bild ist nicht mehr zu beschaffen. — B. S. Paris: Fr. 19,75 pr. Schft.-Kest u. Fr. 5.— Ab. 3. u. 4. Qu. America erh. Hgg. folgt. — Besangover. d. Pariser Gen.: Fr. 13.— pr. Hgbl. dtd. erh. — Tietzstrige: Mk. 2.— Ab. 2. Qu. erh. Allerdings. — Hjo. W'tnar: Fr. 4,65 Ab. 2. Qu. Schft. u. Rührl. erh. — Josephine „Berlorene Bette“: Fr. —,70 pr. Uds. dtd. erh. — G. Sp. Schg.: Bf. 3.— f. Schft. erh. Sdg. abgeg. — R. S. hier: Fr. 2.— Ab. 2. Qu. erh. — Dty. Paris: Fr. —,90 für Schft. erh. — Hg. Post: Fr. 35.— à Cto. erh. — osca: Mk. 71,80 Ab. 1. Qu. d. E. erhalten. — Spegelle Auffstellung dringend erbeten. — Ledernde Flamme: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. u. Mk. 1.— pr. Uds. dtd. erh. — E. St. Lu.: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. erh. — Schdy.: Mk. 3.— Ab. 2. Qu. erh. Adr. geordnet. — P. G. G.: Mk. 20.— Ab. à Cto. erh. Berlagnoto gutgebr. — A. R. Hgbl.: Fr. 1,80 f. Schft. u. Hgbl. erh. — J. V. Hgbl.: Fr. 1.— f. Schft. erh. — Ab. 2. Qu. erh. — Fr. 2.— bis Ende Juni und Fr. 2.— pr. Uds. dtd. erh. — Durchlag: Fr. 1,90 Ab.-Kest 2. Qu. und Schft. erh. Sdg. abg. — Dtsch. V. Jh.: Fr. 2.— Ab. 2. Qu. erh. — Wt. Jh.: Fr. 2.— Ab. 2. Qu. erh. — J. A. Remport: Der „Spezialfreund und Vertrauensmann des Olymp“, Pump O. ist natürlich eine Erfindung des Gewohnheitslagners ohne Logik, weil ohne Hirn. Also wegn Weiteres? — P. T. Paris: Fr. 2,50 Abon. 2. Qu. erh. Adr. geordnet. — Roske: Mk. 10.— à Cto. erh. — Der Bekannte: Mk. 100.— à Cto. erh. — Carl Werner: Nachr. vom 9/4. erh. Eingetr. Nachbflg. re. folgt. — Schrg. J. a. S.: Mk. 25.— à Cto. Ab. 1. Qu. erh. Bfllg. folgt. Weiteres erwartet.

Zürich. Samstag, den 14. April, Abends 8 Uhr, im Caff Kessler:

Geschlossene
Versammlung der deutschen Sozialisten.
Tagesordnung:
Berichterstattung über den Kopenhagener Kongress.
Referent: Bürger Fischer.
Der Lokalausschuss
der deutschen Sozialisten.

Schweizerische Gewerkschaftsbundzeitung Göttingen-Jährig.